

Aktuelle Asylpolitik – eine Zumutung für die Schweizer Bevölkerung

# Es braucht eine Kehrtwende!

von Pascal Schmid, Nationalrat, Weinfelden TG

**Schneller, besser und billiger:** So verkaufte SP-Bundesrätin Simonetta Sommaruga dem Volk die Asylreform von 2016. Die Realität heute: langsamer, teurer, schlechter – und viel mehr! Die Verfahren dauern viel länger als versprochen, die Beschwerden haben deutlich zugenommen, die Pendenzen sind von 14'000 auf 22'000 gestiegen und die Kosten haben sich mehr als verdoppelt.



In der bundesrätlichen Asylstrategie 2027 steht, die Asylreform habe sich bewährt und das Asylsystem funktioniere gut. Dabei ist es offensichtlich: Die Schweizer Asylpolitik ist gescheitert! Beim Inkrafttreten der Asylreform waren 125'000 Personen im Asylsystem, heute sind es 235'000 – ein absoluter Rekordstand! Währenddessen

reduzierte Deutschland die Asylgesuche letztes Jahr um 50%. Und Dänemark hatte noch 1'950 Gesuche – insgesamt! Hierzulande wurden allein im Januar 2026 mehr Asylgesuche verzeichnet – im gesamten letzten Jahr waren es (samt Schutzstatus S) über 38'000 asylrechtliche Gesuche.

## Wer will diese Asyl-Zuwanderung?

Monat für Monat strömen Tausende von Asylmigranten in unser Land, vorab Afghanen, Eritreer, Syrer, Somalier, Algerier. Alles Nationalitäten, die in der

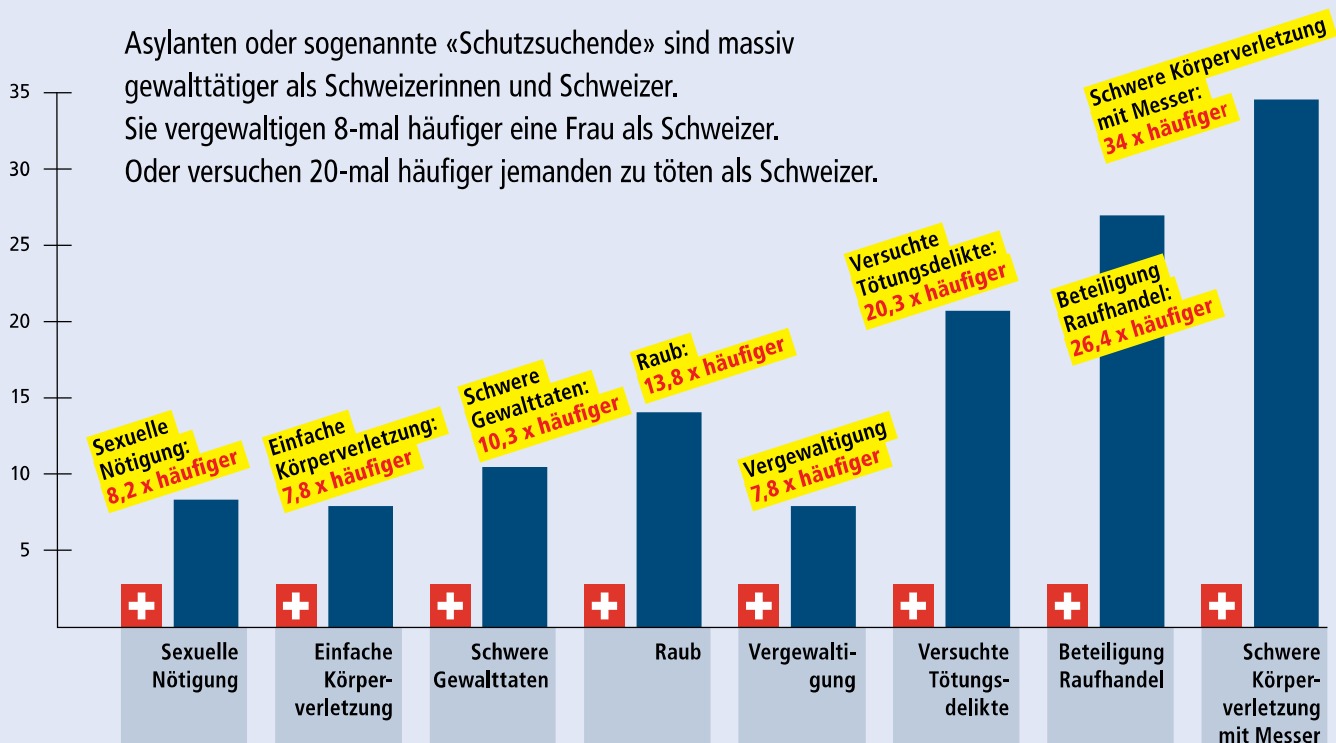
Kriminalstatistik überdurchschnittlich negativ auffallen und die westliche Werte sehr oft ablehnen. Wer will diese Zuwanderung?

In den letzten fünf Jahren hat die Kriminalität in der Schweiz um 30 Prozent zugenommen. Bei Vergewaltigungen, Raubüberfällen und Einbrüchen ist der Anstieg noch gravierender. Das liegt vor allem an der überdurchschnittlich hohen Kriminalität von Asylmigranten und Illegalen. Jede vierte Straftat geht auf deren Konto! Dabei handelt es sich notabene um Personen, die vorgeben, in ihrem Heimatland verfolgt zu sein. Sie kommen als Flüchtlinge – und werden hier zu Tausenden kriminell. Das zeigt, wie dankbar sich viele dieser sogenannten «Flüchtlinge» gegenüber ihrem Gastland zeigen. Wir haben jedes Jahr Tausende von Opfern, die es ohne diese Massen-Asylmigration nicht geben würde. Wer hätte gedacht, dass wir einmal in unserem eigenen Land vor «Schutzsuchenden» Schutz suchen müssen?

Was tut der Bundesrat? Er lässt diese Massen-Asylmigration einfach zu – als ob sie gottgegeben wäre! Die

## Asylanten stechen 34-mal häufiger mit dem Messer zu als Schweizer!

Asylanten oder sogenannte «Schutzsuchende» sind massiv gewalttätiger als Schweizerinnen und Schweizer. Sie vergewaltigen 8-mal häufiger eine Frau als Schweizer. Oder versuchen 20-mal häufiger jemanden zu töten als Schweizer.



Quelle: Polizeiliche Kriminalstatistik 2025, Wohnbevölkerung Schweizer 3. Quartal 2025, Asylstatistik 12/2025

Folgen werden verharmlost, schöngeredet, vertuscht und mit Milliarden zugedeckt. So hat Bundesrat Beat Jans (SP) im letzten Sommer gesagt, in der Asylpolitik gehe es nicht um Zahlen und Kriminalität, es gehe um Menschen. Und was ist denn mit dem Schutz unserer Bevölkerung? Was ist mit dem Menschenrecht, nicht von Asilmigranten bestohlen, ausgeraubt und vergewaltigt zu werden?

#### Jetzt müssen wir Weihnachtsmärkte schützen

Vor zwanzig Jahren hat man die Grenzen geöffnet: Dafür müssen wir jetzt unsere Weihnachtsmärkte und Messen mit Betonklötzen schützen und Polizeikorps, Staatsanwaltschaften, Gerichte und Gefängnisse wegen der stark ansteigenden Kriminalität aufstocken. Besser würden wir die Grenzen schützen, statt unsere Sicherheit und Freiheit aufs Spiel zu setzen!

Doch Bundesrat Jans will keine Grenzkontrollen und keinen Asyl-Stopp. Seine Asylpolitik ist eine Zumutung für unsere Bevölkerung – und seine «Asylstrategie 2027» ändert daran nichts. Sie ist keine Strategie – sie ist nur eine Strategie, um die Probleme auf die lange Bank zu schieben. Was muss noch alles geschehen, bis endlich gehandelt wird?

Aus diesem Grund hat die SVP in der Frühjahrssession der eidgenössischen Räte eine dringliche Debatte verlangt, um einen Kurswechsel im Asylwesen herbeizuführen. Mit einem wichtigen Teilerfolg: Zwei Vorstösse wurden angenommen, zwei abgelehnt. Für einmal haben beide Räte die Zeichen der Zeit zumindest teilweise erkannt.

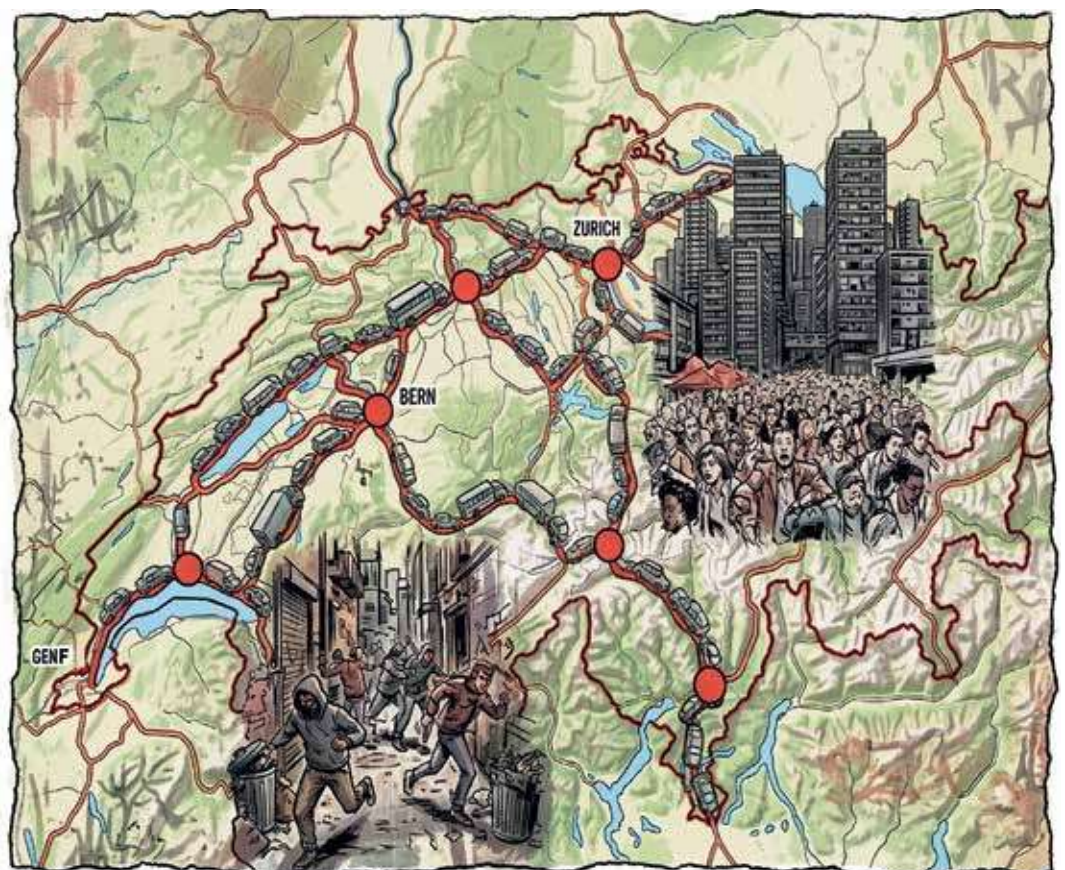
#### Linke und Grüne schützen häusliche Gewalttäter

Unsere Fraktionsmotion «Für eine echte Asylstrategie im Interesse der Schweizer Bevölkerung» wurde angenommen: Sie fordert deutlich weniger Asylgesuche, wesentlich tiefere Asylkosten und eine Eindämmung der Asylkriminalität (25.4589). Ebenso eine weitere Fraktionsmotion, die Arrest und Ausgangssperren für kriminelle und gewalttätige Asylanten verlangt (25.4588). Damit ist ein wichtiges Zeichen gesetzt und ein Schritt in die richtige Richtung getan.

Abgelehnt wurden obligatorische Landesverweise für häusliche Gewalttäter (25.4619). Dabei geht es um Körperverletzungen, Vergewaltigungen, Tötlichkeiten, Nötigungen, Drohungen. Ebenfalls abgelehnt wurde die Forderung nach reduzierter Sozialhilfe beim Schutzstatus S auch nach fünf Jahren in der Schweiz (25.3302). Das bedeutet: Ukrainer bekommen ab Mitte 2027 gleich viel Sozialhilfe wie Schweizer, obwohl sie nie etwas in unser Sozialsystem einbezahlt haben. Per Ende Februar 2026 lebten 72'311 Personen mit Schutzstatus S in der Schweiz (70'851 Ukrainer, der Rest unverständlichweise andere Nationalitäten). Die Erwerbsquote der Personen im erwerbsfähigen Alter lag bei nur 36 Prozent, wobei viele davon nur Teilzeit arbeiten. Die Erhöhung der Sozialhilfe wird unseren Sozialstaat noch mehr in Bedrängnis bringen. Die SVP hat umgehend einen weiteren Vorstoss eingereicht, um diese Fehlentwicklung doch noch zu stoppen (26.3132).

Fortsetzung auf Seite 7

*Ja, die Schweiz versinkt im Chaos: im Verkehrschaos, im Migrationschaos, im Wohnungsnot-Chaos. Und die SVP-Initiative soll eine «Chaos-Initiative» sein?*





GRÜEZI • HERZLICH WILLKOMMEN • BIENVENUE • BENVENUTI • BAINVEGNI

IM **X1291**  
SCHMECKT  
DIE SCHWEIZ  
**ächt.guet.**

RESERVATIONEN  
RESERVATION@X1291.CH  
+41 62 919 01 16

**M**  
MEILENSTEIN

LOTZWILSTRASSE 66  
4900 LANGENTHAL  
WWW.X1291.CH

Fortsetzung von Seite 5

Die Abstimmungen im Parlament zeigten die ideologischen Abgründe in der linken Parlamentshälfte: SP, Grüne und der linke Flügel von Mitte und GLP stellten sich schützend vor Asylkriminalität und häusliche Gewalttäter. Am Sonntag demonstrieren sie für Frauenrechte, ab Montag schützen sie die Täter, nur weil sie Migranten sind. Unfassbar: SP und Grüne haben sogar die Teilforderung «Eindämmung der Asylkriminalität» geschlossen abgelehnt!

Die Grünen forderten gar noch eine neue staatliche Meldestelle für Asyilmigranten, um Unregelmässigkeiten zu melden und sich über unser Asylsystem zu beschweren (Mo. Glättli 25.3445). Neue Sonderrechte für Asyilmigranten und neue Pfründe für die Asylindustrie: Das steht sinnbildlich dafür, wie weltfremd und realitätsfern die linke Asylpolitik ist.

Wenn es eine neue Meldestelle braucht, dann braucht es eine Meldestelle für unsere Bevölkerung: um belästigende, störende und stehlende Asyilmigranten zu melden. Oder sind das etwa weniger wichtige Unregelmässigkeiten?

#### Massen-Asylmigration muss eingedämmt werden

So kann es nicht weitergehen: Jedes Jahr kommen 40'000 bis 50'000 Asyilmigranten aus der ganzen Welt über Dutzende sicherer Drittstaaten in die Schweiz. Dieser Asyltourismus kostet Milliarden Steuerfranken und beschert uns importierte Probleme, Gewalt und Kriminalität. Die Missstände sind mit Händen zu greifen. Wenn wir sie nicht bald in den Griff bekommen, wird uns das Asylsystem um die Ohren fliegen und die humanitäre Tradition der Schweiz wird zerbrechen. In den Geschichtsbüchern wird dann irgendwann stehen, dass diese Generation von Politikern komplett versagt hat.

Was es jetzt braucht, ist eine echte Asylstrategie: Eine Asylstrategie, die diesen Namen verdient. Eine Asylstrategie für unsere eigene Schweizer Bevölkerung – und nicht für alle anderen. Die Massen-Asylmigration muss eingedämmt werden, die Asylgesuche müssen markant sinken, die Asylkosten müssen massiv reduziert werden und die Asylkriminalität muss mit einer Null-Toleranz-Strategie rigoros bekämpft werden: Asylkriminalität haben in der Schweiz nichts verloren!

Mit einem Ja zur Nachhaltigkeitsinitiative («Keine 10-Millionen-Schweiz») zwingen wir Bundesrat und Parlamentsmehrheit, endlich zu handeln. Wenn die Massen-Asylmigration in die Schweiz gestoppt wird, bleibt auch mehr Raum für eine echte Zuwanderung in den Arbeitsmarkt.

Pascal Schmid

## Von wegen «Chaos-Initiative»



Der letzte Abstimmungskampf war noch nicht vorüber, als an den grossen Bahnhöfen bereits an jeder Ecke neue Plakate zu sehen waren. «SVP-Chaos-Initiative NEIN» prangte da in der ersten März-Woche in grossen Lettern auf den Bildschirmen. Seither startet jede Woche eine neue Kampagne – deutlich über 10 Millionen Franken wenden die Gegner der SVP-Nachhaltigkeitsinitiative vom 14. Juni 2026 gemäss ersten Schätzungen auf.

«Nein zur Chaos-Initiative»: Das ist der Slogan, hinter dem sie sich alle vereinigen, um die SVP-Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz» zu verleumden: FDP, Die Mitte, Linke, Gewerkschaften, Economiesuisse und Co. kämpfen Hand in Hand, auffallend deutlich aufeinander abgestimmt. Ob Gewerkschaftsfunktionär oder sog. «Wirtschaftsvertreter»: Sie alle scheinen ein Rieseninteresse daran zu haben, dass die Masseneinwanderung in unser kleines Land auf keinen Fall gestoppt wird. Wenn die Schweiz sich erdreiste, Drosselungsmassnahmen gegenüber dem ungesund hohen Bevölkerungswachstum zu ergreifen, drohe uns nämlich das Chaos. So das Narrativ, das sie dem Stimmvolk mit ihren Millionen einhämmern wollen.

Chaotische Zustände wollen die Schweizer in der Tat nicht – doch leider sind sie mit solchen schon seit längerem konfrontiert: Im vollgestopften Strassenverkehr mit endlosem Stauchaos in den Stosszeiten. Im öffentlichen Verkehr in chaotisch überfüllten Zügen. In den Spitälern mit endlos langen Warteschlangen. Auf Immobilienportalen, wo freie Wohnungen immer teurer werden und sich Interessenten um die wenigen bezahlbaren Angebote rangeln. Oder im Asylwesen, wo «Asylchaos» noch eine humane Beschreibung der unfassbaren Misere darstellt.

All diese Zustände sind direkte und indirekte Folgen der EU-Personenfreizügigkeit und des Schlendrians im Asylwesen. Diese Zustände zu stoppen, damit wir nicht bald zehn Millionen Einwohner zählen, reduziert vielmehr das Chaos – statt es zu begünstigen! Interessanterweise sind genau jene Kreise für die chaotische Realität von heute verantwortlich, welche nun am lautesten vor der vermeintlichen «Chaos-Initiative» warnen.

Die Bürger werden dieses doppelbödige Spiel hoffentlich durchschauen. Die Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz» ist die einmalige Chance für unser Land, das Ruder in Sachen Masseneinwanderung noch einmal herumzureissen.

Spalte  
rechts

Anian Liebrand